

Spricht am 10. Juli „französisch“!

IN BRÜSSEL herrscht Katerstimmung, seit das französische Volk (drei Tage später gefolgt von den Niederländern) den EU-Verfassungsvertrag mit deutlicher Mehrheit ablehnte.

Die Kommunisten begrüßen dieses Nein und hoffen, dass nun auch die Luxemburger sich trauen werden, am 10. Juli „französisch“ mit denen da oben zu sprechen.

Der jüngsten RTL-ILReS-Umfrage zufolge, die noch vor dem französischen Referendum veröffentlicht wurde, war die Zustimmung der Luxemburger zum Vertrag im vergangenen Monat erstmals unter die 50 Prozent-Marke gefallen. Von 59 im April auf 46 Prozent im Mai. Der Anteil jener, die gegen den Vertrag stimmen wollen, war hingegen innerhalb eines Monats von 23 auf 32 Prozent angestiegen. Und das, obwohl es keine politische Partei im Parlament gibt, die dazu aufgerufen hat, am 10. Juli mit Nein zu stimmen. Auch keine Gewerkschaft hatte bisher diesen Mut.

Doch die Zunahme der Vertragsgegner war abzusehen, denn je eingehender die Menschen sich über den konkreten Inhalt des Vertrags informieren, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich für ein Nein entscheiden.

Bei den Anhörungen zum EU-Verfassungsvertrag im Parlament war bereits deutlich geworden, dass die Verfassungsgegner, darunter die Kommunisten, sich ganz konkret mit dem Inhalt des Vertragstextes auseinandergesetzt und die geplanten Verschlechterungen anhand der einzelnen Vertragsartikel nachgewiesen hatten.

Die Ja-Sager, unter ihnen natürlich die Vertreter des Patronats, hatten sich davor gehütet, auf Einzelheiten einzugehen. Und sie hatten sich der böswilligen Unterstellung bedient, wer gegen den Vertrag sei, sei auch gegen Europa. Dabei hatte zum Beispiel die Kommunistische Partei von Anfang an deutlich gemacht, dass sie für ein demokratisches, friedliches

und soziales Europa sei und deshalb alles daran setzen werde, um den Vertrag, der ein neoliberales, militaristisches und salaritätsfeindliches Europa legitimieren soll, zu verhindern.

Dies aber wird oft unterschlagen, so wie die Regierung und die staatstragenden Parteien mit allen Mitteln verhindern, dass die KPL in der Öffentlichkeit zu Wort kommt. Gerade weil die Kommunisten mit konkreten Argumenten dienen, die den neoliberalen und militaristischen Charakter des Vertrags entlarven.

Mit solcher Überheblichkeit behandelten sie in der Vergangenheit immer wieder das Volk, wenn sie, über die Köpfe der Menschen hinweg, europäischen Entscheidungen ihre Zustimmung gaben, die sich gegen die Interessen der großen Mehrheit der Schaffenden richteten.

Premier Juncker, der während Wochen gegen die Gegner des Verfassungsvertrags in Frankreich hetz-

te und so tat, als ginge Europa unter, sollte die Mehrheit der Franzosen mit Nein stimmen, lieferte geradezu ein Paradebeispiel für diese Überheblichkeit, als er vor ein paar Jahren völlig ungeniert ausplauderte, wie die Herrschenden mit den europäischen Völkern umspringen: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (*Der Spiegel* 52/99)

Und genau das sollte jetzt im Zusammenhang mit dem EU-Verfassungsvertrag geschehen.

Um so notwendiger ist es, dass es am 10. Juli in Luxemburg ein großes Geschrei gibt, und dass die da unten denen da oben die Quittung für ihre überhebliche, salaritätsfeindliche Politik geben.